

Laibacher Zeitung.

Nr. 276.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11., halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganz. fl. 15., halbj. fl. 7.50.

Samstag, 1. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 kr.,
2 mal 80 kr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile im. 6 kr., 2m. 8 kr.,
3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedem. 30 kr.

1866.

Nichlaitischer Theil.

Laibach, 1. December.

Wir begegnen in den Wiener Journalen zwei Dementis, welche geeignet sind, unsere Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch zu nehmen. Schon gestern konnten wir der Nachricht von angeblichen TruppenSendungen nach Galizien widersprechen, da dieselbe auf einfache Truppenlocationen zurückgeführt werden muß. Die „Br. Abdpst.“ schreibt nun über denselben Gegenstand: Wie man den Berichten der Wiener Blätter entnehmen kann, hat der Herr Abg. Schindler in seiner Landtagsrede vom 28. November eines Börsengerüchtes von ausgedehnten TruppenSendungen nach Galizien Erwähnung gethan. Wir können auf das bestimmteste versichern, daß dieses Gerücht jeder wie immer gearteten Thatfächlichen Begründung entbehrt.

Im „Wiener Journal“ finden wir hiezu nachstehenden Beifaz: „Es würde auch zu einer solchen Maßnahme jede Veranlassung fehlen, da die innere Ruhe in dieser Provinz nichts zu wünschen übrig läßt und die äußeren Verhältnisse einen vollkommen ungetrübten Charakter besitzen.“

Ein zweites Dementi, das wir heute zu verzeichnen haben, entnehmen wir dem „Hon“. Er weist heute die vom „Pester Lloyd“ gebrachte (und vielen Wiener Journalen auch telegraphisch gemeldete) Mittheilung: in der Conferenz der Linken vom 25. d. Mts. sei der Beschlüß gefaßt worden, daß die Mitglieder dieser Partei vor Ernennung des Ministeriums an den Berathungen der 67er Commission nicht Theil nehmen werden — mit nachstehenden Worten zurück: „Die Nachricht möchte daher entstehen, daß diese Frage wohl durch ein Mitglied der Conferenz berührt wurde. Doch fäste die Conferenz hierüber nicht allein keinen Beschlüß, sondern unterzog den Antrag, als verfrüht, selbst keiner Berathung.“

Die Adressdebatte im n. ö. Landtage hat mit den grüsstens Farben ein trauriges Bild von der österreichischen Industrie geliefert, welches wohl einer allzu pessimistischen Anschaun der Lage und einem hiedurch getrübten Blaue entsprungen sein mag. Das „Wiener Journal“ constatirt auf Grund der statistischen Ausweise, daß während der letzten Jahre die österreichischen Handelsverhältnisse einen großen Umschwung zum Besseren genommen haben, und fügt bei: Unser Handel ist in bedeutendem Maße aktiv geworden. In relativem Verhältniß hat die Einfuhr fremder Güter abgenommen, die Ausfuhr einheimischer zugenommen. Die Producte der Agriculture haben nicht allein hingereicht, um die Bedürfnisse des Inlandes zu decken, sondern ein großer Theil Europa's zieht von unserem Überflusse. Die Eisenbahnen, welche den Verkehr mit dem Auslande vermittelten, vermochten in derselben Stunde, als Dr. Bauer im Landtage sprach, nicht den Lagerraum in den Bahnhöfen zu liefern, um die Erzeugnisse eines „dahinsiechenden Experimentes“ so schnell aufzunehmen, wie sie anlangten, noch die Betriebsmittel zu beschaffen, um sie mit gewünschter Raschheit zu befördern.

Einem Berichte der „Weser-Ztg.“ aus Paris entnehmen wir die Nachricht, es werde daselbst demnächst eine Broschüre über die preußisch-russische Allianz veröffentlicht werden, welche angeblich auf beigelegte Original-Documente sich stützt. Der Verfasser, dessen Absicht darauf gerichtet ist, die öffentliche Meinung in Frankreich gegen die nordischen Großmächte einzunehmen, versichert in dem Pamphlet, daß zwischen dem Grafen von Bismarck und Fürsten von Goritschaloff schon seit Jahren ein vollkommenes Einverständniß besthehe. Erst nachdem das Cabinet des Czaren des eventuellen Beistandes Preußens gewiß gewesen, habe der russische Vice-Kanzler gewagt, die bekannte letzte Antwort auf die gleichlautenden Depeschen der Westmächte und Österreichs in der Polen-Angelegenheit zu ertheilen, und seit jener Zeit dative die von Russland übernommene Verpflichtung, für den Fall eines Krieges zwischen Wien und Berlin zu Gunsten des letzteren in wohlwollender Neutralität zu verharren.

Dasselbe Blatt bringt auch einen Artikel, der auf die Stellung, welche die grosspreußischen Liberalen einzunehmen gedenken, interessante Streiflichter wirft. Sie wendet sich gegen jene, welche die freiheitlichen Forderungen gegenüber den politischen allzu sehr betonen. Die liberale Partei gleiche einer geschlagenen Armee, der Tag, an dem sie siegreich ist, werde wiederkehren, aber es wäre frevelhafter Leichtsinn, wollte sie sich jetzt schon

zur Hauptschlacht rüsten. „Es wäre thöricht, von den Männern, die im Kampfe mit ihrer eigenen wie mit der gegnerischen Partei unsere Einheitsbestrebungen so weit gefördert haben, zu fordern, daß sie uns jetzt auch unter Verleugnung ihrer eigenen Grundsätze die Freiheit bringen, die wir nach unseren Grundsätzen für wünschenswerth halten. Es wäre nicht minder thöricht, von den Männern, die der schwierigsten Lage sich gewachsen gezeigt haben, zu fordern, daß sie ihr Amt in die Hände von Männern niederlegen, die, höflich ausgedrückt, ihre Fähigung erst nachzuweisen haben u. s. f.“ — Man irrt wohl nicht, wenn man in diesen Ausführungen die Ansichten der ministeriell gewordenen Fortschrittspartei-männer wieder erkennt.

5. Sitzung des kroatischen Landtages

am 30. November.

Beginn um halb 11 Uhr.

Dem Hause präsidirt der Herr Landeshauptmann Dr. Karl v. Wurzbach.

Seitens der Regierung anwesend: Se. Excellenz der Herr Statthalter Eduard Freiherr v. Bach und der Herr Landesrat Josef Roth.

Der Herr Präsident theilt mit die vom Landtagsabgeordneten Dr. Costa überreichte Petition der Gemeinde Grafenbrunn, betreffend die Servituten-Ablösung.

Sohin tritt das Haus in die Tagesordnung ein, auf welcher folgende Geschäftstücke stehen:

1. Antrag des Landesausschusses auf Erhöhung der Subvention für die Mertschetschendorf-Gurkfelder Straße, dahin lautend: Der Landtag wolle zur Subvention des Krakauer Walddurchbruches in der Mertschetschendorf-Gurkfelder Straße außer den vom Landesausschusse bereits zugestandenen 1859 fl. 7 kr. für die in Folge der neuen Erhebungen sich bedeutend höher heranstellenden Kosten der Kunstbauten, und zwar für Materialien und Meisterschaften einen weiteren Betrag von 2000 fl. aus dem Landesfonde bewilligen und in das Erforderniß des Landesfondspräliminaires pro 1867 einstellen.

Abg. v. Langer beantragt die Zuweisung dieser Vorlage an den Finanzausschuß zur Verathung, Prüfung und abgesonderten Berichterstattung; was angenommen wird.

Abg. Mulej stellt den Zusatzantrag, daß von dem nun bestehenden Finanzausschuß stets lokalkundige Männer aus der Mitte des Hauses bei der Frage der Concurrenzstrafen zu Verathung zugezogen werden. — Wird angenommen.

2. Antrag des Landesausschusses auf Erhöhung des Diurnums für den Diurnisten der Landesbuchhaltung Naimund Schischkar von 80 kr. auf 1 fl. — Wird angenommen.

3. Antrag des Landesausschusses auf Bewilligung einer Subvention von 1000 fl. aus dem Landesfonde an die Gemeinden des Bezirkes Senojetz für die im Jahre 1867 zur Auszahlung gelangenden Kosten im Restbetrage von 1960 fl. für Kunstbauten an der Refashaler Straße.

Abg. Costa beantragt mit Rücksicht auf die mißlichen Vermögensverhältnisse der beteiligten Gemeinden die Bewilligung des vollen Restbetrages mit 1960 fl. aus dem Landesfonde, und stellt den Zusatzantrag auf Zuweisung seines Antrages an den Finanzausschuß zur Erledigung, was angenommen wird.

4. Antrag des Landesausschusses auf Erlassung eines Landesgesetzes betreffend die Hundesteuern und Hundeordnung.

Dieser Antrag wurde zunächst durch die Beschlüsse des internationalen thierärztlichen Congresses angeregt, worin auf die Gefahr der Hundswuth und die Notwendigkeit, die allzu große Zahl der Hunde zu beschränken, sowie als das ausreichendste Gegenmittel auf die Einführung einer allgemeinen Hundesteuern hingewiesen wurde. Außerdem haben auch 15 Gemeinden des Landes specielle Bitten wegen einer Hundesteuern gestellt.

Der Landesausschuß beantragt: Der hohe Landtag wolle ein Landesgesetz in folgender Fassung beschließen:

„Gesetz vom . . . wirksam für das Herzogthum Krain, betreffend die Hundesteuern und Hundeordnung.

Über Antrag des Landtages Kleines Herzogthums Krain finde Ich anzuordnen, wie folgt:

1. Jede Stadt- und Landgemeinde ist ermächtigt, eine Hundesteuern einzuführen. Die erfolgte Einführung ist dem Landesausschuß mitzutheilen.

2. Dieselbe ist für jeden Hund ohne Unterschied mit dem jährlichen Betrage von 1 bis 2 Gulden von dem Besitzer des Hundes zu Gunsten der Gemeindecaisse einzuhaben. Eine Steuerbefreiung für Hunde, welche für gewisse Zwecke unumgänglich nothwendig sind, kann nur ausnahmsweise von dem Gemeindeausschuß bewilligt werden.

3. Bei Einführung und Einhebung der Hundesteuern ist sich an die vom Landesausschuß zu erlassenden Vollzugsvorschriften zu halten.“

Damit jedoch die einzelnen Gemeinden in möglichst einheitlicher Weise die Hundeordnung handhaben, ist die Erlassung einer solchen Instruction, nach welcher sich zu benehmen ist, nothwendig, daher mit Bezug auf den Artikel 3 des Gesetzentwurfes der Landesausschuß den weiteren Antrag stellt.

Der hohe Landtag wolle beschließen: „Der Landesausschuß wird beauftragt, im Sinne der Beschlüsse des internationalen thierärztlichen Congresses in Wien in Übereinstimmung mit den derzeit in Wirksamkeit stehenden Seuchenvorschriften vom Jahre 1859, Z. 32.590, eine Hundeordnung sammt den Vollzugsvorschriften, betreffend die Einhebung der Hundesteuern, festzustellen und dieselben den Stadt- und Landgemeinden zur Darnachachtung mitzutheilen.“ — Wird im Einzelnen und im Ganzen angenommen.

5. Der Antrag des Landesausschusses, der Landtag wolle beschließen: „Der Landesausschuß wird beauftragt, die seinerzeitige Refundirung der auf die Zeit vom 10ten September bis Ende December 1866 entfallenden Kosten für die Verpflegung und Begleitung der Schüblinge aus dem Landesfonde zu veranlassen und die geeigneten Verfügungen wegen der an die k. k. Bezirksämter zu leistenden Vorschüsse bezüglich aller bei denselben vorkommenden Schubauslagen und der hierüber zu legenden Rechnungen zu treffen.“

Dieser Antrag bezieht sich auf die allerhöchste Entschließung vom 10. September l. J., womit die Forderungen, welche das Aerar an den Landesfond wegen der bisher aus dem Inquisitionsverlage bestrittenen Schubauslagen (Auslagen auf die Verpflegung und Begleitung der Schüblinge) im Betrage von 62.000 fl. zu stellen hatte, abgeschrieben werden, daß aber in Zukunft an der ausnahmslos für alle Länder erflossenen allerhöchsten Entschließung vom 14. September 1852, wonach alle Schubkosten (daher außer den schon bisher aus dem Landesfond bestrittenen Transportauslagen auch die oben bezeichneten) aus dem Landesfond zu bestreiten, festzuhalten und dieselbe unbedingt durchzuführen sei.

Der Antrag wird angenommen.

6. Der Landesausschuß beantragt, der h. Landtag wolle beschließen: „Die Einführung der Gasbeleuchtung

1. im landschaftlichen Theater mit einem Kostenaufwande von 2850 fl. 40 kr.,

2. im Redoutensaale und in den Nebenlocalitäten mit einem Kostenaufwande von 793 fl. 57 kr., wird nachträglich genehmigt.“ — Wird angenommen.

7. Der Antrag des Landesausschusses auf nachträgliche Genehmigung:

1. der aus dem Landesfonde erfolgten Herausgabe von 13.889 fl. 86 kr. für die beim Gruber'schen Canal geleisteten Mehrarbeiten, so wie

2. der Herausgabe von 3921 fl. 82 1/2 kr. für die Herstellung des Schleusenwerkes im Laibachflusse.

Abgeordneter Suppan beantragt die Zuweisung dieses Gegenstandes zur Vorberathung und Berichterstattung an den Finanzausschuß, was angenommen wird.

8. Der Landesausschuß legt vor den Rechnungsabschluß des kroatischen Grundentlastungsfondes für das Jahr 1865 und beantragt die Zuweisung desselben an den Finanzausschuß zur Berathung und Antragstellung, was angenommen wird.

Der Herr Präsident theilt somit die auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung vorkommenden Geschäftstücke mit:

1. Bericht des Finanzausschusses über das Präliminare des Grundentlastungsfondes für das Jahr 1867;

2. Bericht des Finanzausschusses mit seinen Anträgen über das Präliminare des Domesticalfondes für das Jahr 1867;

3. Antrag des Landesausschusses auf Bewilligung eines Beitrages von 1000 fl. aus dem Landesfonde zur Unterstützung der durch das Feuer verunglückten Straßfischer;

4. Bericht des Finanzausschusses bezüglich der Verpflegungsbühr im Zwangarbeitshause;

5. Bericht des Finanzausschusses wegen Gehalts erhöhung der Beamten im Zwangarbeitshause;

6. Der Landesausschuss beantragt eine Gnadengabe für die Witwe und die Töchter des verstorbenen Arztes im Zwangarbeitshause Dr. Skedl.

7. Antrag des Landesausschusses auf Erhöhung der Prämien für Vorimpflinge und Aenderung des stabilen Impfplanes.

Die Abgeordneten Gutmann und Kapelle werden zu Schriftführern gewählt.

Schlüß der Sitzung 1 Uhr. — Nächste Sitzung Dienstag, den 4. December 1866.

Oesterreich.

Wien. Das Kriegsministerium hat noch unterm 8. d. eine Zuschrift an die Centralstellen der politischen Verwaltung gerichtet, worin die Nothwendigkeit betont wird, den Militärfond von Ausgaben zu entlasten, die nur abusive ihm auferlegt wurden. Das Kriegsministerium fordert in dieser Note, daß die Durchzugskostvergütung für Militärs auf die jeweilige Ziffer des Menagegeldes reducirt und die Armee-Bequartierung in allen ihren Formen, sowohl beim Durchzuge, als bei der dauernden Einquartierung, sowohl die Unterkunftsleistung in natura, als die Bestreitung der Aequivalente im Gelde auf die betreffenden Länder übernommen werde. Das Kriegsministerium fordert, daß der Grundsatz anerkannt werde, daß die freie Unterhaltung für die Armee eine Cardinalgebühr ist, deren Bestellung den Gemeinden, dem Lande obliegt, eine Obliegenheit, welche im Laufe der Zeiten in Rücksichtnahme auf die Bedürftigkeit einzelner Länder durch verschiedene Hilfen und insbesondere durch die Heranziehung des Militär-Aerars selbst zur Uebernahme eines Theiles der Bequartierungslast, sei es durch Herstellung von Casernen, sei es durch Bestreitung von Unterkunfts-Aequivalenten, zwar erleichtert wurde, niemals aber gänzlich aufgehoben worden ist. Die politischen Centralstellen werden schliesslich ersucht, diese hier nur in den äußersten Grundzügen angedeuteten, in ihren unmittelbaren Consequenzen aber zur Einführung eines neuen Militär-Bequartierungssystems führenden Vorschläge in die eingehendste Erwägung zu ziehen und denselben die wohlwollendste Unterstützung angedeihen zu lassen.

— 28. November. Erlass des Staatsministeriums betreffend das Pädagogium. Die Hauptsätze dieses Actenstückes lauten nach dem „Oesterreichischen Schulboten“: Das Staatsministerium hat durch die Einsicht in das beschlossene Statut sofort die Ueberzeugung gewonnen, daß das im Prinzip anerkennenswerthe Anstreben unter dem Walten der bestehenden Gesetze auf dem von dem läblichen Gemeinderathe eingeschlagenen Wege und mit den für die Anstalt beschlossenen Einrichtungen nicht realisirt werden könne. Nach dem Inhalte der diesbezüglichen Vorstellung des Gemeinderathes vom 8. October fühlt sich der läbliche Gemeinderath durch die angeordnete Sistirung in seinem Rechte hauptsächlich darum beschwert, weil er kein bestehendes Gesetz kenne, welches die Sistirung zu rechtfertigen geeignet wäre, indem das Pädagogium lediglich als eine von den Lehrern beliebig zu benützende, zunächst mit den Realschulen und Gymnasien verwandte Fachschule anzusehen sei, auf welche das Privatunterrichtsgesetz vom 27. Juni 1850 Anwendung zu finden habe. Diese Argumentation kann das Staatsministerium, dessen Pflicht es ist, über die Beachtung der bestehenden Gesetze zu wachen, nicht als zutreffend erkennen. Soil das Staatsministerium nach seinem lebhaften Wunsche das bezügliche Anstreben des läblichen Gemeinderathes fördern, so ist es zunächst erforderlich, daß derselbe dem schon bei der Regelung des Präsentationsrechtes hervorgetretenen und neuerlich die ganze Angelegenheit des Pädagogiums beherrschenden Ansinnen, die von der Commune pflichtgemäß zu erhaltenen Volksschulen zu unmittelbaren Gemeindeanstalten und die an denselben angestellten Lehrer zu eigentlichen Gemeindebeamten umzugestalten, entsage. Das sogenannte Volksschulen-Communalssystem, bei welchem die Volksschulen und deren Lehrer unter die ausschließliche Botmäßigkeit der Gemeindevertretungen und beziehungsweise der in denselben jeweils bestehenden Majoritäten gestellt werden, hat, wenn auch bereits versucht, in den Staaten des europäischen Continents noch keine festen Wurzeln gesetzt, es ist mit dem Schulzwange, wo solcher gesetzlich besteht, ganz unvereinbar, und hat auch in Oesterreich keine Aussicht, verwirklicht zu werden. Es ergibt sich dies naturnothwendig schon aus der Bestimmung der Volksschule, die sich auch mit der auf die religiöse Grundlage zu bauenden Erziehung der Jugend zu befassen hat. Nicht nur die Familien und beziehungsweise die Gemeinden, sondern auch die Kirche ohne Unterschied des Bekennnisses, und ganz vorzugsweise die Staatsregierung, sind der Volksschule gegenüber berechtigt und verpflichtet, die auch nach ihrer Aufgabe und dieser Stellung nur dann segensreich gedeihen kann, wenn die bezeichneten Interessenten und Factoren für den Schulzweck einfristig zusammenwirken und die gegenseitigen Rechte achten. Die Lehrer sind aber Beamte der Schule, und es muß ihnen diese Stellung bewahrt bleiben, wenn ihre Berufstätigkeit nicht gestört, ihr

Pflichtverhältniß zu den eingesetzten Schulbehörden nicht erschüttert und wenn eine heilsame Schulzucht aufrecht erhalten werden sollte. Hierauf folgt die Aufzählung der bekannten Punkte, unter welchen das Staatsministerium die Errichtung der Anstalt zu bewilligen gedenkt. — Weiters wird proponirt, entweder das Pädagogium auf die den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechende Fortbildung der von der Commune besoldeten angestellten Lehrer (sonach mit Aussluß der Lehramtsaspiranten) zu beschränken und das hiernach zu modifizirende Statut zur hohenortlichen Genehmigung vorzulegen, oder aber, was hierorts als das praktischste Mittel erachtet und mit besonderer Anerkennung begrüßt werden würde, auf Gemeindekosten eine vollständige Lehrerbildungsanstalt gleichfalls vorläufig für die gegenwärtigen Bedürfnisse der von der Commune erhaltenen Volksschulen zu errichten, hiefür ein neues Statut zu verfassen und zur hohenortlichen Genehmigung vorzulegen.

Prag. Eine Kundmachung der böhmischen Stathalterei, welche in der amtlichen „Prager Ztg.“ veröffentlicht wird, kündigt an, daß der Herr Staatsminister laut Erlasses vom 22. d. M. im Einvernehmen mit dem Herrn Justizminister angeordnet hat, das über den Prager, Pilsener, Taborer und Saazer Kreis des Königreiches Böhmen verhängte standrechte Verfahren aufzuheben.

Aus Gran sind Pester Blättern über die daselbst am 17. v. M. abgehaltene Trauerfeier folgende telegraphische Berichte zugegangen: Zu den Exequien des Cardinal-Primas sind gegen 500, allen Ständen angehörende Gäste eingetroffen. Seine Excellenz der päpstliche Nuntius hat am 26. Abends 6 Uhr in Begleitung berittener Fackelträger und einer glänzenden Deputation seinen Einzug gehalten. Ihre Excellenzen der Tavernicus, der Bicanzler, der königl. Personal, FML. Pölkony, der Erzbischof von Erlau, der Patriarch von Lemberg, mehrere Bischöfe und 15 Mitglieder des Unterhauses trafen eine Stunde früher mit dem Separat-dampfschiffe ein. Viele hervorragende Männer geistlichen und weltlichen Standes, so wie eine unzählbare Volksmasse füllten die Räume der Basilica. Der päpstliche Nuntius hielt unter Assistenz des Erlauer Erzbischofs, des Fünfkirchner, Stainamangerer und Waitzner Bischofs, dann zahlreicher Geistlichkeit das Requiem für den verstorbenen Primas, der Fünfkirchner Domherr Birág hielt eine ungarische Denkrede. Nach dem Trauergottesdienst fand die Vorstellung des Clerus bei dem Nuntius statt, wobei Propst Sujansky die Ansprache hielt. Der Deputirte Leze hielt eine Ansprache an die Volksversammlung, nachdem er früher den Nuntius in lateinischer Sprache begrüßt hatte.

Triest. 29. November. Aus Wien wird der „Tr. Ztg.“ über Angelegenheiten Sr. Maj. Marine geschrieben: „Die kleineren Panzerschiffe werden ungeändert, sie werden weniger Geschütze, dafür aber schwere Armstrongkanonen erhalten. Der Bau der beiden neuen Kriegsschiffe „Lissa“ und „Helgoland“ ist gesichert. Auch geht man mit dem Plane um, das Linienschiff bis auf die untersten Batterien zu rassiren, es mit einer Art Blockhaus zu versehen und zu panzern. Im Ganzen wird die öster. Flotte so hergerichtet, daß sie zum Frühling für alle Eventualitäten bereit ist. Die Abwesenheit des Viceadmirals Tegethoff wird gegen 6 Monate dauern. Was neuerlich in der „Allg. Ztg.“ von einem Promemoria des Admirals nach der Schlacht bei Lissa an Se. Maj. den Kaiser über Bergroßerung der Flotte und den Bedarf von 12 Mill. Gulden gemeldet war, ist unrichtig.“

Ausland.

Paris. 24. November. Die Eröffnung einer Altconstitutioneller Notablenversammlung in Egypten trifft mit einem Ansehen des Bicenkönigs und mit den letzten Ernte-Ergebnissen zusammen. Wenn die englische Presse unlängst für Englands Politik die orientalische Frage auf Egypten beschränken wollte, so tritt andererseits gerade Egypten aus dem Schlummer und der tragen Fatalität des Orients heraus. Egypten arbeitet und nutzt durch landwirtschaftliche wie industrielle Arbeit die Wunder seiner Fruchtbarkeit aus. Triest, Brindisi, Marseille sind oder werden die drei Ausläufer des Hafens von Alexandria, welcher gleichsam auf drei Continente zu Pferde sitzt. Der „Moniteur“ schätzt auf 350 Mill. Fr. die Summe, welche Egypten aus der Ausfuhr der heutigen Baumwolle beziehen wird; die richtige Summe ist 450 und 500 Mill. Fr. Der „Moniteur“ zog bereits die Beträge ab, welche Egypten zu zahlen hat. Die Summe von 450—400 Mill. Fr. fließt ihm in Gold zu; denn Egypten bezahlt seine geringen Bezüge aus europäischen Manufacturen mit Reis, Pech, Gummi, Schafwolle, Zucker, Weihrauch, Wachs, Elephantenzähnen und Straußfledern. Der wirtschaftliche Fortschritt Egyptens erhellt aus folgender Thatache. Der Bicenkönig, welcher leider noch der größte Grundbesitzer und größte Industrielle im Land ist, hatte in Frankreich ungeheure Bestellungen auf Maschinen und Werkzeuge alter Art gemacht. Größtentheils zur Bezahlung dieser Bestellung mache der Bicenkönig am Anfang d. J. mittels des Marseiller Hauses Postre (Anglo-Egyptian-Bank) in Frankreich ein Ansehen. Im Grunde war dasselbe ein Credit, welchen das französische Capital der französischen Industrie für Rechnung des Bicenkönigs gewährte. Die ungeheure Verdüsterung des politischen Gesichtskreises in Europa war die einzige Ursache, daß jenes Ansehen vom französischen Publicum nicht vollständig genommen wurde. Es blieben noch 1,400.000 Pf. St. zurück. Mittlerweile schien sich alles Unglück gegen Egypten zu verschwören: Cholera, Kinderpest, Preisherabsetzung der Baumwolle, kostspielige Regelung der Thronfolge mit der Pforte, der kandidotische Aufstand, die englische Bankenkrisis. Man begreift, daß der Bicenkönig, welcher aus seinem persönlichen Grund- eigenthum jährlich 100 bis 120 Mill. Fr. Rente zieht, Geldverlegenheiten verspürt. Der Nationalökonom, Herr Cernuschi, Verfasser der Mécanique de l'échange, begab sich zu den Pyramiden, und in weniger als einem Monat brachte er eine mit ihm abgeschlossene Creditoperation fix und fertig zurück. Herr Cernuschi (und seine Geschäftsfreunde) geben dem Bicenkönig einen Vorschub von 22,500 000 Fr. auf den Rest der Obligationen des erwähnten Anlehns, der sich auf 1,400.000 Pf. St. beläuft. Diese Obligationen sind jetzt auszugeben. Ihre vollkommene Sicherheit kann nicht bezweifelt werden; denn sie sind regelmäßig, parcellenweise und durch die Gerichtsbarkeit des englischen und französischen Consulats auf 153.000 Hektaren bebauten Ackerlandes hypothecirt; also buchstäblich Hypothekenscheine. Die Grundbuchsäcke und der vom Bicenkönig unterzeichnete General-schuldschein liegen in der Bank von England. Vortheilhaft sind jene Obligationen; denn zum Ausgabescurs von 390 Francs tragen sie ein jährliches Interesse von 35 Fr., und sie werden zu 500 Fr. binnen vierzehn Jahren mittels halbjähriger Verlosungen zurückbezahlt. Es ist dies eine Geldanlage von 5 Prozent zu 55 $\frac{1}{2}$, und, gewisse Subscriptionsvortheile eingerechnet, von 11 Prozent. Für den Bicenkönig erscheint dies nicht drückend; denn 7 Prozent ist der übliche Zinsfuß in Egypten, und die Elasticität der Hülfsmittel ist daselbst ebenso groß als die Wirtschaftseinrichtung an und für sich solid und vervollkommen ist, so viel auch die sozialen Einrichtungen zu wünschen übrig lassen.

— 26. November. Die „Opinione nationale“ hober gestern Abend, in einem sehr überdachten Artikel ihres Chefredacteurs, die mißlichen Folgen hervor, welche eine Reise der Kaiserin nach Rom unter den gegenwärtigen Umständen haben könnte. Personen aus der Umgebung des Kaisers theilen die Ansichten des Herrn Guéron, und vielleicht ist letzterer von ihnen veranlaßt worden sich ohne Verzug gegen ein Project zu erheben das selbst der Kaiser nicht ganz so entschieden mißbilligt als man glauben sollte. Der Durch, daß der Papst abreisen würde, ist er von neuem zugänglich geworden, seitdem er erfahren hat, daß gewisse Stellen aus dem Rundschreiben des Barons Ricafosoli und noch mehr der Umstand, daß die französischen gouvernemantalen Blätter gegenüber denselben keine Vorbehalte machen, den Papst abermals mißtrauisch und schwankend gemacht haben. Ich sage „abermaß“, denn in den Tagen vor der Veröffentlichung des italienischen Rundschreibens hatte sich der Papst sehr beruhigt gezeigt. Seit rumort es wieder im Vatican, und da man in Compiègne nichts so sehr fürchtet, als die freiwillige Entfernung des Papstes unmittelbar nach oder gleichzeitig mit dem Abzug der franz. Truppen, so ist es am Ende nicht zu verwundern, daß selbst der Kaiser der seltsamen Anwandlung seiner Gemahlin kein kategorisches Beto entgegenstellt. Die Geschichte wird wohl auf einen blinden Lärm auslaufen, und sowohl Pius IX. als die Kaiserin Eugenie daheim bleiben. — Das Gerücht, Preußen wolle zu Gunsten des Papstes interveniren, ist geradezu absurd; höchst wahrscheinlich muß es auf die Thatsache zurückgeführt werden, daß das Berliner Cabinet nicht abgeneigt sein würde, sich an einer Conferenz oder an schriftlichen Berathungen über die zur Sicherheit des Papstes erforderlichen Maßregeln zu betheiligen.

Spanien. Der Telegraph meldet den französischen Blättern über die Einweihung der Eisenbahn von Madrid nach Badajoz, die Portugal mit Spanien verbündet, viele Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß diese Festlichkeit benutzt wurde, um abermals officiell gegen die „iberische Union“ zu demonstrieren. Die Minister des Staates und der öffentlichen Arbeiten von Spanien und Portugal brachten feurige Trinksprüche auf die Einheit der materiellen und moralischen Interessen beider Staaten, bei aller politischen Unabhängigkeit, aus. — Was die innern Zustände Spaniens betrifft, so zeigt folgende Stelle aus einem Privatschreiben, das Marvaes an einen französischen Politiker gerichtet, von dessen unverwüstlichem Selbstvertrauen: „Ich kann Ihnen versichern, daß die Ruhe jetzt vollständig ist, daß es mit der Reorganisation des Heeres rasch vorwärts geht, und daß ich, wenn ich Ihnen sage, es sei nichts zu fürchten, dies thue, weil ich dessen gewiß bin. Die militärische Disciplin ist wieder hergestellt, und die schlechten Keime, die sich darin fanden, sind entfernt und zerstört.“ — Die „Epoca“ gibt eine ungemein schwierige Beschreibung des Bankets, welches die Königin zu Ehren der Officiere des aus dem stillen Ocean heimgekehrten Geschwaders in ihrem Palaste gegeben hat. Als der Champagner eingeschenkt wurde, erhob sich Ihre Majestät und brachte mit klarer Stimme und mit der Würde, welche in so hohem Grade diese erhabene Herrscherin auszeichnet, folgenden Toast aus: „Ich trinke

auss Wohl der Seelente, die, 6000 Meilen von Spanien entfernt, so glorreiche die Ehre ihres Vaterlandes gewahrt haben." Das diplomatische Corps war zu dem Feste nicht geladen worden, da man diesem vollständig den Charakter eines Familienfestes erhalten wollte. — Nach der „Correspondencia“ befindet sich nur ein spanisches Schiff, der „Vulcano“ in den Gewässern von Civitavecchia, in denen tiefgehende Fahrzeuge nicht anlegen können. Sollte sich aber, was bis jetzt nicht wahrscheinlich, der heil. Vater an Bord des „Vulcano“ begieben, so würde das in Barcelona liegende Linien-Schiff „Isabel II.“ Se. Heiligkeit auf offener See aufnehmen und nach Spanien bringen. — Die Journale von Cadiz dementiren in sehr nachdrücklicher Weise die Gerüchte über die angeblich harte und grausame Behandlung, welche der Mannschaft des „Tornado“ von Seiten der spanischen Dampfsfregatte „Gerona“ zu Theil geworden sei. Die Mannschaft werde selbst bezeugen, daß all diese Verdächtigungen unwahr seien.

— Das Journal von Bayonne, das in Beziehungen zum Cabinet Narvaez stehen soll, veröffentlicht in seiner Sonntagsnummer eine Correspondenz aus Spanien, in welcher es heißt, daß die Zusammenkunft verschiedener Mitglieder des Hauses Bourbon in Madrid zu dem Gerüchte von der Abdankung der Königin Isabella Anlaß gebe.

London, 25. November. Man schreibt der „N. Fr. Pr.“ von hier: Eine unmittelbare Gefahr scheint in Irland bevorzustehen: das ist der Inhalt einer soeben aus Dublin an die Regierung gelangten Depesche. Man fürchtet drüber nicht blos insurrectionelle (wenn auch unzweifelhaft erfolglose) Ausbrüche, sondern man ist auch namentlich nicht sicher, wie sich eine Anzahl der auf der Insel garnisonirten Truppen irischer Abkunft in solchem Falle verhalten würde. Die in Cork mit Beschlag belegte Waffensendung hält man für einen unbedeutenden, zufällig entdeckten Theil einer großartig organisierten Einschmuggelung, und da es sich um ausgezeichnete amerikanische Gewehre handelt, während die englischen Truppen fast durchgängig noch mit den alten Waffen versehen sind, so wirkt die Entdeckung jener Einpäckungen um so beunruhigender. Die Regierung hat sich in jüngster Zeit aufmerksam mit der Frage beschäftigt, wie die Ruhe in Irland vermittelst Aufbietung einer genügenden bewaffneten Macht zu erhalten sei. Ich höre, es ist vorgeschlagen, zwanzig englische Miliz-Regimenter einzuberufen und sie auf die „Schwester-Insel“ zu verlegen. Dafür soll dann ein großer Theil der gegenwärtig drüber stationirten regelmäßigen Truppen aus Irland zurückgezogen werden, wobei man natürlich Bedacht nehmen würde, diejenigen Regimenter abzuberufen, in welchen sich Spuren des feindsichen Einflusses gezeigt haben. Es soll, wie verlautet, diese Abberufung unter dem Vorwande geschehen, daß die regelmäßigen Truppen für auswärtigen Dienst verwendet werden müßten; allein gerade dort, wo dies am höchsten wäre — nämlich in Canada — kann man die vom Feindthum angestellten Soldaten ebensowenig brauchen, wie in Irland selbst. Es scheint mir daher, daß, wenn der erwähnte Plan durchgeführt wird, man die aus Irland zurückgezogenen Regimenter viel eher hier belassen wird, in der Absicht, sie bei etwaigen Conflicten in England zu verwenden, falls sich solche aus der Reformbewegung ergeben sollten. Denn das ist sicher, daß sich Iränder trotz oder vielleicht wegen ihres Hasses gegen England leicht auch gegen das englische Volk commandiren lassen, wovon man ähnliche Beispiele ja auch auf dem Continent vielfach gesehen hat und fortwährend sieht. — Aus Chatam und Woolwich kommt die Nachricht, daß Abtheilungen der königlichen Marine-Truppen nach Irland aufgeboten sind, um einen befürchteten feindsichen Ausbruch niederhalten zu helfen. Kurz man ist hier augenblicklich in Bezug auf irische Zustände in großer Spannung.

Petersburg, 19. November. Im Central-Asien erkämpfen die russischen Waffen einen Erfolg nach dem andern und, was mehr sagen will, dringen immer weiter vor, Länder auf Länder erobernd. Nachdem jüngst die Festung Ur-Tjube genommen, verbreitet heute ein Privatbericht vom 27. October die Nachricht, daß sich die Stadt Kokan auf Gnade und Ungnade den russischen Truppen unter General Romanowski ergeben hat. Die bisherige Zolllinie soll dem zufolge um die Kleinigkeit von 300 geographischen Meilen weiter nach Central-Asien vorgerückt werden. Man sagt ferner, der General-Gouverneur Krishanowski habe sich in Person nach den Besitzungen der Bucharei begeben. Aus allem schließt man, daß die russische Herrschaft in Central-Asien sich nur dann gesichert sehen wird, wenn sie in den vollständigen Besitz des Thales von Amu-Daria gelangt ist. Es wird bereits angeregt, in Taschkent einen besonderen General-Gouverneur einzusezen, weil der Ort 2000 Werst von Orenburg entfernt ist.

Constantinopel, 27. November. (Direct.) Trotz der Verurtheilung des „Levant Herald“ zu einer Geldstrafe veröffentlicht derselbe abermals einen Bericht über einen Sieg der Candioten. — Die katholische Bevölkerung von Albauien ist in großer Aufregung. An der Spitze der Bewegung steht ein Geistlicher. Ein kaiserlicher Commissär ist zur Vermittlung dahin abgegangen.

Aus Mexico, 6. October, wird berichtet: "Der General und Commandant des österreichischen Freiwilligencorps in Mexico, Franz Graf Thun-Hohenstein, sah sich durch Verhältnisse gezwungen, Sr. Majestät dem Kaiser Maximilian I. die Bitte um Rücktritt in die k. k. österr. Armee zu unterbreiten, welche demselben genehmigt wurde. Auf allerhöchste Anordnung hat der kaiserlich französische General Neigre das Commando der 2. Territorialdivision, und der in Puebla anwesende rangsältere Officier des österreichischen Freiwilligencorps, Oberstleutnant Baron Bertrand, das Commando dieses letzteren vom General Grafen Thun übernommen; Oberstleutnant Hoze versieht seit Anfang August den Dienst des Stabschefs. Dem General Grafen Thun wurde vom Kaiser in einem a. h. Handschreiben der besondere Dank für die mit so viel Treue und Ergebenheit geleisteten Dienste, und gleichzeitig der a. h. Wunsch für die besten Erfolge beim Rücktritt in das k. k. österreichische Heer ausgesprochen. Die schnell erfolgte Abreise des Generals ermöglichte es nur den in Puebla anwesenden Officieren, sich persönlich zu verabschieden; nur diesen und einer Deputation von Mannschaft war es vergönnt, das Bedauern über sein Scheiden auszusprechen. Das Officiercorps veranstaltete zu Ehren des Generals ein Abschiedsdiner, wozu der k. französische General Baron Neigre und ein Theil der k. französischen und mexicanischen Officiere der Garnison geladen waren. Bei dieser Gelegenheit sowohl, als auch bei der am folgenden Tage 4 Uhr Morgens (des 25ten September) erfolgten Abreise wiederholten sich die lautesten Beweise des Bedauerns über das Scheiden des Commandanten. Mit a. h. Entschließung vom 9. September d. J. hat Kaiser Maximilian die Hauptleute der Jägertruppe: Carl Kricker und Armin Baron Hammerstein zu Majors ernannt. Der Rittmeister des Uslahnen-Regimentes, John William Bythel, ist seinen, im Gefechte von Acazochilan erhaltenen Wunden am 6. October d. J. erlegen.

Aus New-York, 14. Nov., wird gemeldet: Birmingham, einer von den Radicalen, die sich verschworen haben, den Präsidenten Johnson anzuklagen, bereitet die Artikel der Klage vor. Dieselben sollen nichts weniger als die Anschuldigung wegen Hilfe und Unterstützung zu der Ermordung des Präsidenten Lincoln enthalten. Die große Jury in Washington hat ihre Entscheidung gegeben, daß Sandford Conner, der Hauptzeuge seiner Zeit in dem Prozesse gegen Jefferson Davis, wegen Beileidigung an dem Morde Lincolns, wegen Meineid vor Gericht zu ziehen sei. Man erwartet bei der Untersuchung merkwürdige Enthüllungen über die Führung des Prozesses durch den Richter Holt.

Gagesneuigkeiten.

— Das Ramington-Hinterladungsgewehr darf als für die österreichische Armee bereits angenommen betrachtet werden; die in Wien (vor der Favoritenlinie) etablierte Fabrik ist in vollster Thätigkeit. Die Umarbeitung der vorhandenen Gewehre indeß, die nach diesem System nicht möglich ist, wird nach dem Lindner'schen System erfolgen. Das Ramington-Gewehr feuert 12 Schüsse in der Minute.

— Man schreibt aus Frankfurt a. M. Folgendes: Die aus der Münze hervorgehenden Gepräge tragen ein kleines C, zur Unterscheidung von dem in Berlin und Hannover geprägten Gelde. Das in Berlin geprägte Geld wird künftig ein A, das in Hannover geprägte ein B tragen. Die hier geprägten, sehr schön ausgeschnittenen Doppelhalter führen in den Flügeln des preußischen Adlers die Wappen der bisherigen preußischen Provinzen und der neu erworbenen Länder.

— Von Lamartine erscheinen im Februar des nächsten Jahres „Memoiren“, auf die bereits Subscriptions angenommen werden. Vorläufig sollen vier Bände herauskommen. Das ganze Werk wird zwölf Bände umfassen.

— Von dem Componisten Auber wird folgende picante Anecdote erzählt, die sich in den letzten Tagen ereignet hat. Der Dichter der „Stummen“ ging gerade aus seinem Hause, als ihm ein Mann von ernstem Aussehen begegnete, der sich beim Portier um Herrn Auber erkundigte. — Herr Auber, der bin ich, sagte er mit beschiedenem Lächeln. — Sie, mein Herr! antwortete der Besucher. Es thut mir unendlich leid, ich bin der Doctor X.; man hatte mir Ihren Tod gemeldet und ich bin herbeigeeilt, um Ihre Einbalsamierung vorzunehmen. — Ach, mein Herr, rief Auber, ich bedauere sehr, daß ich noch unter den Lebenden mich befinden und Ihnen nicht zu Diensten stehen kann.

— Zu der ausgeschriebenen Concurrenz um das Denkmal für den Turnvater Jahn, welches auf der Hasenhalde bei Berlin errichtet werden soll, haben elf Bildhauer Skizzen eingeliefert. Die Künstler sind zum Theil anonym geblieben, die genannten sind die Herren Ecke, Pohle, Pfuhl, Louis Drate (Bruder von Friedrich Drate), Keil, Thomas und Walger. Die größte zu überwindende und in keiner Skizze ganz überwundene Schwierigkeit bildete sonderbarerweise das schon vorhandene Material zum Postamente des Denkmals. Turnergruppen aus fast allen Theilen der Welt hatten nämlich Steine dazu nach Berlin gesendet, und diese rohen Blöcke bilden bereits einen erheblichen Steinhaufen, auf welchen die Statue gestellt werden soll. Die Steine sollen in ihrer natürlichen Form belassen werden, und so entsteht die schwierige Aufgabe, diesen rohen Haufen in irgend eine Form zu bringen, welche mit der Kuniform des Den-

kmals eingemessen harmoniert. Die Idee, einen Haufen Felsblöcke cylopicisch aufzuhüften, ist freilich sehr urgermanisch, aber künstlerisch ist sie nicht.

— Bis jetzt haben folgende Regierungen von den ihnen angewiesenen Räumen im Pariser Ausstellungspalast die Besitz genommen: Belgien, Österreich, die Schweiz, Spanien, Portugal, Griechenland, Dänemark, Russland, Egypten, China, Japan, Siam, Persien, Tunis und Marokko. Das Theater français hat für die Ausstellungszeit ein neues Stück von Augier in petto. Außerdem beabsichtigt die Verwaltung der ersten Bühne für diese Epoche auch ihre Pensionäre unter die Fahnen zu rufen. Es zählen zu denselben einige Künstler ersten Ranges, welche Paris schon seit Jahren nicht mehr bewundern konnte, wie Samson, Gessroy, Beauvalet u. a.

— Der Fürst von Monaco, der Herr von tausend Seelen und Besitzer einer Bergspitze, gab neuestens seinem Staatsminister den Befehl — so schreibt man der „Gaz. Nar.“ aus Florenz — den Commandeur Octav Naldini als beglaubigten Gesandten nach der ewigen Stadt zu schicken. Cardinal Antonelli hat nun denselben mit vieler Auszeichnung empfangen. Besagter Diplomat bezicht von seinem Herrn und Gebieter 30 Francs monatlichen Gehalt, einen completen Anzug und zwei Paar Stiefeln. Dieselben werden auch auf Statikosten vorgeschoßen.

— Der Prinz Arthur von England hat sein 16. Jahr erreicht; die Königin Victoria beabsichtigt, ihn als Cadet in die königliche Kriegsschule von Woolwich einzutreten zu lassen. Der Prinz von Wales hat den Titel „General“ und ist Oberst des 10. Husaren-Regiments; der Prinz Alfred ist Marine-Capitän, daher will die Königin den Prinzen Arthur zum Artillerie oder Genie-Officier vorbereiten. Die königlichen Prinzen würden in dieser Weise den drei Hauptzweigen des Militärdienstes vorstehen.

— Der berühmte Violoncellist Servais ist am 26. November in Hal (Belgien) im 60. Lebensjahr gestorben.

— Der König von Dahomey hat wieder ein großes Menschenopfer gebracht. Nach briefflichen Berichten aus Lagos vom 10. d. M. war er im Begriffe, gegen die Aschantis in den Krieg zu ziehen, und ließ, um sich des Wohlwollens der Götter für seinen Feldzug zu versichern, 200 Menschen hinschlagen; die dritte Gräueltat dieser Art in dem laufenden Jahre.

Locales.

— Wie nothwendig eine strenge Aufsicht über herrenlose Hunde ist, beweist ein gestern vorgelommener Fall. Ein großer Hund (ohne Marke) mit weißen zottigen Haaren überfiel in der Nähe des Bischofshofs einen harmlosen Vorübergehenden und biß ihn mit solcher Gewalt in den Arm, daß er ein großes Stück des Oberrocks losriß. Zum Glücke drang der Biß nicht durch die dicke Oberkleidung.

— Die „N. Fr. Pr.“ berichtet: „Der Tenorist Herr Adolph Ander, welcher in Laibach in „Robert“, „Ernani“ u. s. w. ungewöhnlich gefiel, geht, dem Vernehmen nach, an Stelle des Herrn Gottmayr nach Graz.“ — Wir müßten es sehr bedauern, wenn dieser Abgang schon jetzt erfolgen sollte.

— Dieser Tage hat der Senior Herr Medikus aus Triest eine Visitation der hiesigen evangelischen Gemeinde, gleichwie auch jener in Görz, Marburg und Cilli, vorgenommen und sodann seine Reise nach Pettau fortgesetzt.

— (Theater.) Mit der gestrigen Opernvorstellung — „Lucrecia Borgia“ wurde zum ersten male gegeben — hat sich die Theaterleitung den Abonnenten, die anfänglich darüber erfreut gewesen sein möchten, daß sie eine erste Opernaufführung zu Gehör bekommen sollten, nicht zum besondern Danke verpflichtet. Gehört „Lucrecia Borgia“ überhaupt nicht zu jenen Opern, die unsere Aufmerksamkeit besonders fesseln könnten, so war noch dazu die gestrige Opernvorstellung die mindest gute, deren wir uns im Laufe der heurigen Saison zu erinnern wissen. Mit Ausnahme von Fel. Büchler, welche den „Maffio Orsini“ recht brav sang und besonders im letzten Acte viel Beifall fand, sowie des Herrn Podhorsky, der besonders mit der höheren Lage seiner Stimme Effecte geschickt zu erzielen versteht, wofür ihm die Anerkennung des Publicums niemals ausbleibt, können wir keine der gestrigen Leistungen als eine besonders glücklich bezeichnen. Als „Gennaro“ debütierte Herr Burghofer, konnte jedoch das Publicum keineswegs zu dem Glauben an seinen künstlerischen Beruf erheben; Herr Burghofer scheint uns hiezu der Grundbedingung eines guten Sängers, des erforderlichen Stimmfondes, zu entbehren. Möglich, daß die mit dem ersten Auftreten naturgemäß verbundene Besangenheit und die bei Herrn Burghofer, der erst seit einigen Monaten dem Theater sich gewidmet hat, noch nicht überwundene Schüchternheit überhaupt es demselben nicht möglich machen, seine Stimmittel in größerer Kraft zu entfalten, darüber könnten wir erst bei einem wiederholten Auftritte ein bestimmteres Urtheil abgeben; daß aber seine Stimme kein Metall hat und den Charakter eines gewissen habituellen Umstoffs an sich trägt, können wir wohl schon heute aussprechen. Im übrigen war seine Intonation richtig, nur machte sich in seinem Gesange, besonders im Ensemble, zum Theile eine Unsicherheit bemerkbar, die wir wohl auf Rechnung seines ersten Auftretens setzen dürfen. Im Publicum hatte Herr Burghofer, was wir constatiren müssen, keinen Anklang gefunden, und es hängt wohl von einem zweiten Debüt dieses Sängers ab, ob er sich bei unserm Theaterpublicum Sympathien zu erwerben wissen wird, oder nicht.

L. G. Krainer in Alexandrien. Am nächsten Montag werden wieder zwei Krainer von Laibach nach Alexandrien abreisen, wo sich bereits mehrere Krainer, dem Handels- und Gewerbestande angehörig, befinden. In der jetzigen Jahreszeit ist das dortige Klima für den Europäer nicht nur erträglich, sondern sehr angenehm, während im hohen Sommer eine unerträgliche Hitze herrscht. Der eine der jetzigen Reisenden ist ein geborner Laibacher und Handelsmann, der andere ein Tischler Namens Martin Mikus, aus Oberlaibach gebürtig und ledig, im höheren Mannesalter stehend. Beide gedenken nach einiger Zeit wieder rückzukehren, insbesondere will Mikus dann die Rücksicht über Rom antreten, um auch die ewige Stadt zu sehen. Denn, wie er nachfolgend mittheilt, war er bereits in Centralafrika und Palästina. Er mache im Jahre 1852 die sehr beschwerliche Reise nach Chartum mit der Karavane Knoblechers mit. Unter den Reisenden befanden sich noch vier andere Krainer, sämmtlich Gewerbsleute. Die ganze Karavane bestand aus 18 Mann und 150 Kameelen, welche nebst den Lebensmitteln und sonstigem Gepäck auch Bretter und verschiedene Waaren aus Wien mittrugen. Indem sie auf den "Schiffen der Wüste" weiter segelten, war durch volle 14 Tage keine Spur von Wasser zu bemerken. Dagegen hatten sie das Wasser in lebernen Schleuchen mitgenommen, und waren für jeden Mann 2 Schleuche bestimmt. Betreffend den Missionär Knoblecher, so findet Mikus kaum Worte, um diesen als Mensch und Priester gleich ausgesuchten Charakter würdig schildern zu können. Weil dort türkische Regierung und Sprache herrscht, so sprachen Knoblecher, der bekanntlich 14 Sprachen mächtig war, und zwei Ärzte, von denen einer ein Deutscher und der andere ein Franzose war, auch türkisch. In Chartum fanden sie damals die Häuser noch ärmlich und aus Thon gebaut. Fast alle Wanderer erkrankten am Fieber, welches nebst der Ruhr und dem Sonnenfieber zu den gewöhnlichen Krankheiten gehört. Unser Gewährsmann Mikus war, weil fieberrank, durch acht Monate an der Arbeit gehindert. Im Jahre 1863 reiste Mikus nach Jerusalem; diese Wanderung aber bot viel Angenehmes. Die Reise ging über Croatiens, die Wallachei und über das schwarze Meer nach Konstantinopel durch interessante und anmutige Gegenden. Von hier aus begab er sich nach Jerusalem, um die heiligen Stätten zu sehen. In Jerusalem hielt er sich 20 Tage auf und unterließ auch nicht auf ein Paar Tage nach dem nur zwei Stunden entfernten Beileben einen Ausflug zu machen. Die Rückreise geschah über Alexandrien. — Ein zufälliges Zusammentreffen mit unserm unternehmenden Reisenden, der übrigens, wie alle, welche die Welt gesehen, ziemlich schweigsam ist, führte uns zu obigen Mittheilungen, und es wäre für die Offenheit wertvoll, wenn noch manche andere interessante Ereignisse von unternehmenden Landsleuten einem größeren Leserkreise nicht verborgen blieben.

Aus den Landtagen.

Innsbruck, 28. November. Der von Dr. Leonardi eingebaute Antrag, ein Comité von fünfzehn Mitgliedern aus den Gruppen zur Prüfung der Lage von Württemberg und Erforschung der Mittel zu bestimmen, die Ruhe und Eintracht im Lande wieder herzustellen und die Einheit des Landes auf die Dauer zu wahren, wird bei namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 18 Stimmen verworfen und hingegen der in der vorigen Sitzung gestellte Antrag des Freiherrn v. Giovanelli auf Bestellung eines Ausschusses von sieben Mitgliedern aus dem vollen Hause zur Berathung wegen Erhaltung der Einheit und Eigenthümlichkeit des Landes angenommen. — Der Antrag der Universitätsrectors wegen Bezeichnung der Erledigung des Landtagsbeschließes, betreffend die Ergänzung der Landesuniversität, wird einstellig angenommen.

West, 29. November. Der Präsident meldet, daß während der Vertagung des Landtages gegen den Deputirten Johann Marothi von Seiten der Militärbehörde ein Verhaftungsbefehl vollzogen werden sollte. Der Präsident intervenierte bei Sr. Majestät und Sr. Maj. befahl, daß von dem Vorgehen gegen Marothi abzustehen sei. Hierauf wurden noch Eingaben der Deputirten Paul Pap und Alexander Eseke, deren privatrechtliche Angelegenheiten

betreffend, gelesen. Joseph Madarasz bringt eine von Mehreren unterzeichnete Petition ein, daß dem katholischen Clerus zu heiraten gestattet werde. Der Präsident meldet den Antrag Tisza's in Betreff des königlichen Rescriptes an. Das Rescript wird vorgelesen. Hierauf Vorlesung des Antrages, welcher eine aus 15 Mitgliedern bestehende Commission für eine Adresse verlangt, in welcher um restitutio in integrum gebeten wird. Dann bringt auch Deak seinesseits unter Eszen-Rufen seinen Antrag ein. Derselbe begeht gleichfalls im Sinne der bisherigen Adressen volle Herstellung der Rechtscontinuität; zugleich soll in der Adresse bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten auf die Fortsetzung der Arbeiten der 67er-Commission hingewiesen werden.

Pest, 29. November. Die beiden Anträge Tisza's und Deaks werden dem Druck übergeben und kommen in der nächsten Sitzung — übermorgen — zur Verhandlung. Die von Tisza beantragte Anerkennung würde erklären, daß, nachdem das königliche Rescript die in den früheren Adressen niedergelegten Bitten um Herstellung der Rechte und Gesetze des Landes nicht erfüllt, der Landtag ohne Verletzung der Rechtscontinuität nicht weiter vorgehen könne. Zugleich möge aber, so lautet Tisza's Antrag weiter, das Abgeordnetenhaus sich mit der ehrfurchtsvollsten Bitte an Se. Majestät wenden: Daß Se. Majestät im Sinne unserer wiederholte ausgedrückten Bitten die Verfassung in voller Integrität zu restituiren gerufe, damit wir, nachdem dies geschehen, sowohl den von Sr. Majestät bezeichneten Angelegenheiten, wie in allen denen, deren Erledigung die Interessen des Landes unbedingt erheischen, unsere Thätigkeit beginnen und sie zur Befriedigung der berechtigten und billigen Anforderungen der Bürger aller Nationalitäten und Confessionen des Vaterlandes fortsetzen und beenden können.

Deak's Antrag lautet: Die drückende Beschwerde, welche durch die gesetzwidrige Suspendierung unserer Verfassung verursacht worden, ist auch mit dem gegenwärtigen Allerhöchsten Rescripte noch nicht behoben. In unseren Adressen, die wir über die Rechtscontinuität Sr. Majestät unterbreiteten, haben wir nicht nur darauf gedrungen, daß unsere verfassungsmäßigen Rechte anerkannt werden mögen, sondern wir haben vorzüglich um das gebeten und urgirt, daß unsere Verfassung und unsere Gesetze sofort in ihrer vollen Kraft wieder hergestellt und vollzogen werden sollen und daß in solcher Weise die Rechtscontinuität auch tatsächlich und wirklich ins Leben trete. Nur das allein wäre im Stande, der principiellen Anerkennung unserer Rechte, dem Versprechen und den Hoffnungen durch Verwirklichung Leben zu geben, unsere Besorgnisse zu zerstreuen und die Nation zu beruhigen. Zu dem Allerhöchsten königlichen Rescripte ist das aber nicht zu finden. Da also unsere berechtigten Wünsche auch jetzt noch nicht erfüllt sind, so stelle ich den Antrag: "Daß wir uns in einer neuen Adresse an Se. Majestät wenden mögen, in welcher Adresse wir auf Grund der früheren Adressen und mit Verufung auf die in denselben ausführlich entwickelten rechtsgerätsamen Argumente erbitten und urgiren die sofortige Wiederherstellung unserer Verfassung; erbitten und urgiren die vollständige und factische Rechtscontinuität; erbitten und urgiren alles dasjenige, was wir in unsern früheren Adressen erbeten und urgirt haben."

Das Allerhöchste königliche Rescript erwähnt auch den Entwurf, welcher bezüglich der aus dem gemeinschaftlichen Interesse entstehenden Verhältnisse von dem aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Subcomité der Siebenundsechzig-Commission ausgearbeitet wurde, und macht zu diesem Operate einige Bemerkungen. Indem das Haus sich gegenwärtig in die Berathung dieser Bemerkungen nicht einlassen kann, halte ich dafür, es sei in unserer Adresse auszusprechen: Das Haus habe bereits am 1. März l. J. aus seiner Mitte eine aus 67 Mitgliedern bestehende Commission zu dem Zwecke gewählt, damit sie einen Vorschlag ausarbeite über die Feststellung und den Behandlungsmodus derjenigen Verhältnisse, welche Ungarn und die andern unter der Herrschaft des gemeinsamen Monarchen stehenden Länder gemeinsam berühren. Die Commission hat ihren Vor-

schlag noch nicht eingebrochen, das Abgeordnetenhaus wird daher die im königlichen Rescripte enthaltenen Bemerkungen bei Verhandlung des erwähnten Commissionsvorschlags mit Erfahrung und gebührender Aufmerksamkeit in Erwägung ziehen. Demzufolge halte ich es für nothwendig, daß der auch in den bisherigen Adressen erklärte Beschuß des Hauses, zufolge dessen die aus 67 Mitgliedern bestehende Commission mit Ausarbeitung eines Entwurfes beauftragt wurde, in seiner vollen Kraft erhalten und im Vollzug gesetzt werde. Diese Commission soll daher ihre durch die Vertagung des Reichstages unterbrochene Wirksamkeit ehemöglichst fortsetzen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Köln, 29. November. Die "Kölner Bzg." meldet aus Paris, es sei eine Depesche von Marschall Bazaine im Kriegsministerium eingelaufen, welche die Unmöglichkeit nachweist, Mexico vor Ablauf weiterer zwei bis drei Monate zu verlassen. General Mejia wird in dieser Depesche als die passendste Persönlichkeit für die mexicanische Regentschaft bezeichnet. Die Staatsform sei gleichgültig. Die Gerüchte von angeblichen Gelüsten Bazaine's auf die Krone von Mexico sind falsch.

Paris, 29. November. Es wird versichert, daß die Nachricht von der Rückkehr des Kaisers Maximilian nach Mexico falsch sei.

Madrid, 29. November. Die "Epoca" veröffentlicht ein Telegramm aus Lissabon vom 28., welchem zufolge die Königin von Portugal in der gestrigen Nacht eine Fehlgeburt gemacht habe. Nichtdestoweniger ist der Zustand der Königin ein beruhigender.

New-York, 28. November. Die Unionstruppen haben Matamoras besetzt. Kaiser Maximilian soll von Vera Cruz noch der Havannah gereist sein.

Telegraphische Wechselcourse

vom 30. November.

Spere. Metalliques 58.75. — Spere. National-Auflagen 66.55. — Bankactien 712. — Creditactien 151.40. — 1860er Staatsanleihen 80.55. — Silber 127. — London 128.20 — R. I. Ducaten 6.09.

Das Postdampfschiff "Germania," Capitän Ehlers, welches am 11. November von Hamburg und am 14ten von Southampton abgegangen, ist nach einer sehr schnellen Reise bereits am 26. November wohlbehalten in New-York angelkommen.

Milde Gaben

für die Abbrandler in Straßisch nächst Kraainburg sind im Comptoir der "Laib. Bzg." eingegangen: Laut letztem Verzeichniß fl. 282. — Aus Lanerca ein Palet Kleider und 3.— Von Herrn Karl Puppo 1.40 " Frau Cecilia Rutter 5.— " Herrn H. Hink 1.— " Josef Budermann 2.— " A. A. 1.— " der Frau J. G. in Laibach 5.— zusammen fl. 300.40

Theater.

Herrn Samstag den 1. December:

Zum Vortheile des Herrn Heinrich Müller.

Moderne Lebemänner.

Sittenbild in 3 Acten.

Flotte Bursche.

Operette in 1 Act von Offenbach.

Morgen Sonntag den 2. December:

Nacht und Morgen.

Schauspiel in 5 Acten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Beobachter	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Barometer auf 100 ft. reducirt	Lufttemperatur nach Beobachtung	Windrichtung	Gegenwärtslage	Riedel-Glocken in Barometerlinien
30. 6 U. Mdg.	326.81	-- 0.8	W.D. stark	Schneegest.		
2 " " "	326.16	-- 0.6	W.D. stark	Schneegest.	1.20	
10 " Ab.	326.79	-- 0.6	W.D. schwach dünn. Schnee			

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayer.

Börsenbericht.

Wien, 29. November. Im Ganzen verkehrte der Papiermarkt zur etwas schwächeren Notiz, während Devisen und Valuten um $\frac{1}{10}$ p. C. anzogen. Geld flüssig. Geschäft unbedeutend.

Öffentliche Schuld.

Geld Waare

In d. W. zu 5% für 100 fl. 53.50 53.60

In östl. Währung steuerfrei 56.40 56.50

Steneranl. in d. W. v. J. 1864 zu 5%

88.40 88.60

Silber-Auflagen von 1864 74. — 75. —

Silberanl. 1865 (Fr. r.) rückzahlb.

in 37 Jahr zu 5% für 100 fl. 77.50 78. —

Nat.-Anl. mit Zins-Coup. zu 5% 66.60 66.70

Apr.-Coup. zu 6% 66.30 66.40

Metalliques 57.70 57.80

dettto mit Mai-Coup. 59.60 59.80

dettto 50.50 51. —

Mit. Verlos. v. J. 1839 151.50 152. —

" " 1854 75.50 76. —

" " 1860 zu 500 fl. 80.49 80.50

" " 1860 " 89. — 89.25

" " 1864 73.80 73.90

Com.-Rentenf. zu 42 L. austr. 19.25 19.75

B. der Kronländer (für 100 fl.)

Grundlastungsbölligationen.

Nieder-Oesterreich . . . zu 5% 83. — 84. —

Ober-Oesterreich . . . 5. — 84. — 85. —

Geld Waare

Salzburg . . . zu 5% 85. — --

Böhmen . . . 5. — 82.50 83.50

Mähren . . . 5. — 80.50 81.50

Schlesien . . . 5. — 87. — 88. —

Steiermark . . . 5. — 84. — 85. —

Ungarn . . . 5. — 72.50 73. —

Temeser-Banat . . . 5. — 71.50 72. —

Croatien und Slavonien . . . 5. — 75. —

Galicien . . . 5. — 67. — 67.50

Siebenbürgen . . . 5. — 66. — 66.50

Bukowina . . . 5. — 65.25 65.75

Ung. m. d. B.-C. 1867 5. — 68.50 69. —

Ung. B.-C. 1867 5. — 67.50 68. —

Tem. B.-C. 1867 5. — 67.50 68. —

Actien (pr. Stück.)

Nationalbank 711. — 712. —

R. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. C. M. 1538 — 1540. —

Credit-Aufl. zu 200 fl. d. W. 151.60 151.80

R. d. Econ.-Ges. zu 500 fl. d. W. 615 — 617. —

G.-G.-G. zu 200 fl. C. M. 500 Fr. 204.40 204.70

Kais. Gl. zu 200 fl. C. M. 131.50 132. —

Südb.-nordb. Verb.-B. 200 " 115. — 115.50

Süd.-St.-I.-ven. u. c. it. C. 200 fl. 205.75 206.25

Geld Waare

Gal. Karl-Ludw.-B. zu 200 fl. C. M. 218.50 219. —

Böh. Westbahn zu 200 fl. 156. — 156.50</